

Ultraliberale Korrespondenz Nr. 56 03-03-2018

Liberalismus herrscht, wenn die Interessen des einzelnen Bürgers weitmöglichst Vorrang vor den Interessen des Staates geniessen.

Faschismus herrscht, wenn die Interessen des Staates weitmöglichst Vorrang vor den Interessen des einzelnen Bürgers geniessen. Peter Paris

Totengräber Europas: Die Kölner Gerichte, die Ökofaschisten und Monsieur Yves Gillet in Cotonou.

Ich war immer ein glühender Verfechter Europas. Ich lebte in Italien, Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Meine Frau ist gebürtige Italienerin mein Sohn ist Schweizer, meine Enkelinnen Französinen. Europa ist mein Land. Ich habe kein anderes. Aber es ist in Gefahr. Immer weniger seiner Bürger sind bereit, es zu verteidigen, da faschistoide Schützerlinge, Ökofaschisten, Gutmenschen und Regulierungsfanatiker sich seiner bemächtigt haben.

Die Kölner Gerichte: Darüber berichte die ich bereits in der Ultraliberalen Korrespondenz Nr. 52 unter dem Titel „Wer ist schuld am Tod von Friedrich Klinkert ?“: Herr Klinkert hatte sein Vermögen verloren. Er meinte, der Kölner Anwalt Dr. Thelen (Tel. +49 221 0123867) habe vor dem Internationalen Gerichtshof total Mist gebaut. Die Kölner Gerichte sollten ganz einfach entscheiden ob das zutrifft oder nicht, bzw. ob Herrn Klinkert eine Forderung gegen die Anwaltsversicherung zugesprochen wird . Da ihm anders finanziell die Klage nicht möglich war, hat er Herrn Klaus Schumann eingeschaltet, der einen Anwalt beauftragte. Aber die Kölner Gerichte haben sich um die Entscheidung gedrückt: Es gibt offenbar ein unglaublich bevormundendes Gesetz in Deutschland, welches auch einem erfahrenen Geschäftsmann wie Herrn Klinkert verbietet, zur Unterstützung einen Dritten zu beauftragen, wenn der nicht ausdrücklich von den deutschen Behörden zugelassen ist. Die Kölner Gerichte wandten diese unsinnige Verordnung auch an, obwohl Herr Klinkert in Kroatien lebt und Herr Schumann in Italien bzw. mit Firmensitz in der Schweiz. Deshalb wurde die Klage abgewiesen - nicht etwa weil Herr Dr. Thelen doch keinen Mist gebaut hat, sondern weil Herr Schumann angeblich nicht aktivlegitimiert war.

Natürlich hat Herr Schumann Beschwerde geführt. Aber auch dafür hat man sich bei den Kölner Richtern hinter Formalien verschanzi: Man wies auf die Rechtsmittelbelehrung hin, dass die Beschwerde nur innerhalb einer Woche bei dem Amtsgericht eingelegt werden kann und dass man darauf hingewiesen habe, dass zur Begründung der Rechtsbeschwerde eine von ihm unterzeichnete Schrift nicht genügt , sondern die Beschwerdeanträge und ihre Begründung zu Protokoll der Geschäftsstelle des Gerichts erklärt oder mit einer von einer Verteidigerin/Verteidiger oder von einer Rechtsanwältin/Rechtsanwalt unterzeichneten Schrift eingereicht werden müsste. Nun hat Herr Schumann schon vorher mitgeteilt, dass er ohnehin

mit einer definitiven Verurteilung durch die deutschen Gerichte rechnet, da seit dem Jahre 1945 viel Zeit vergangen ist und man wieder keine Hemmungen mehr hat, sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Auch wurde die Beiordnung eines Pflichtverteidigers abgelehnt mit der Begründung „ferner sind auch keine Anhaltspunkte dafür erkennbar, dass der Betroffene nicht in der Lage ist, sich selbst zu verteidigen. Dies wird bereits an dem von ihm in den Verfahren eingereichten Schriftsätzen, mit denen er sich argumentativ gegen die ihm zur Last gelegte Ordnungswidrigkeit verteidigt, ersichtlich.“ Also wozu dann der vorgeschriebene Anwalt? Dann folgen eine Unzahl von unverständlichen Zitaten - von Paragraphen und Formvorschriften mit denen ein normaler Bürger nichts anfangen kann.

Doch wenn Schumann nun hoffte, dass das alles definitiv ist und er sich endlich an den europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden könnte, dann ist das wohl weit gefehlt, denn am Schluss heisst es: „Die Akten werden daher insoweit nunmehr dem Oberlandesgericht Köln zur Entscheidung vorgelegt.“ Nun es ist wohl zu erwarten dass auch das Oberlandesgericht wahrscheinlich nicht anerkennen wird, dass die Schweiz, Italien und Kroatien immer noch selbstständige Staaten sind und keine deutschen Kolonien.

Die Ökofaschisten: Früher habe ich gern Diesel-Autos gefahren, aber ich habe es schon geahnt - die Ökofaschisten werden sich auf den Diesel einschliessen. Nun ist es geschehen. Nicht etwa die betroffene Gemeinde, das betroffene Land oder die betroffene Nation haben sich von den Schützerlingen antreiben lassen, sondern die Brüsseler Euro-Sesselfurzer. Es besteht also die Gefahr, dass Hunderttausende ihr Fahrzeug nicht mehr benutzen dürfen, obwohl es schon alle möglichen Plaketten und Zertifikate hat. Und wieder wird die Wut der Bürger von den eigentlich zuständigen lokalen oder nationalen Politikern auf die Europäische Union umgeleitet, welche sich wieder einmal gierig auf diese Reglementierungen eingelassen hat, die sie nun wirklich nichts angehen. Die Autoindustrie und die nationalen Behörden wussten natürlich mit Sicherheit, dass sich die völlig überzogenen, unsinnigen Regeln eigentlich gar nicht anwenden lassen. Aber da die Umweltschützererei ja inzwischen zum religiösen Wahn verkommen ist, wagt keiner mehr, sich offiziell dagegen aufzulehnen. Denn es ist ja gut gemeint - das Krebsrisiko und der Klimaschutz....

Wenn es irgendwo in Europa einmal zu heiss ist, ein See oder Fluss über seine Ufer tritt, dann können es sich speziell die öffentlich-rechtlichen Kommentatoren nicht verkneifen, das Ganze als „Vorboten der Erderwärmung“ zu deklarieren. Als es in der letzten Zeit aussergewöhnlich bitter kalt war, hätten sie ja nun logischerweise sagen müssen „vielleicht hat Trump doch recht“, das wäre zwar genauso unsinnig gewesen aber zumindest ausgewogen. Aber gegen pseudoreligiöse Überzeugungen wagt niemand anzustinken.

Und Monsieur Yves Gillet in Cotonou: Es war eindrucksvoll: Frau Merkel reiste - sowie alle anderen Staatsfrauen und Staatsmänner - nach Abidjan. Man versicherte den Afrikanern allergrösste Hilfe bei der Bekämpfung ihrer wirtschaftlichen Probleme. Dies vor allem, um möglichst die Zahl abenteuerlustiger junger Männer zu verringern, die verbotenerweise in die EU einreisen. Ein sehr löbliches Unterfangen, ist die EU doch selbst für einen Teil der afrikanischen Armut verantwortlich: Mit europäischen Steuergeldern wird die Ausfuhr von

Agrarprodukten nach Afrika so gewaltig subventioniert, dass es sich für die afrikanischen Bauern grösstenteils nicht mehr lohnt, überhaupt etwas einzupflanzen. So fördert die EU erst die afrikanische Massenarbeitslosigkeit und damit auch die Fluchtursachen.

In Benin hatte sich nun eine Gruppe von Bauern zusammengefunden um landwirtschaftliche Produkte, die sie anbauen, nach Europa zu exportieren - getrocknete Tomaten, Cashew-Nüsse, Soja, Erdnüsse und weitere Produkte.

Klaus Schumann hatte von einem jungen Geschäftsmann aus Cotonou, Benin den Auftrag erhalten, in Europa Geschäftspartner zu suchen, welche diese Produkte den grossen Einzelhandelsgruppen anbieten sollten. Er fand auch sofort einen bestens eingeführten Partner in Köln-Rodenkirchen, der dies mit grosser Aussicht auf Erfolg in Deutschland tun wollte. Voraussetzung war natürlich, dass getestet und zertifiziert wurde, dass diese Lebensmittel EU-konform sind. Leider hatten die Bauern in Benin und auch der junge Geschäftsmann nicht genug Geld um die Tests und Bescheinigungen zu finanzieren. Dem deutschen Geschäftspartner war jedoch bekannt, dass die Europäische Union in Afrika sogar Landwirtschaftsförderung finanziert. Also wäre es mehr als logisch, dass man den Afrikanern zumindest hilft, die von der Europäischen Union selbst aufgebauten Hürden zu überwinden. Herr Schumann empfahl deshalb dem afrikanischen Geschäftspartner sich einmal zu informieren bei der **Delegation of the European Union to Benin, Avenue Clozel, Bâtiment Administratif, Face Ex Air Afrique, Ganhi 01 BP 910 Cotonou, Téléphone: (229) 21 31 26 17; (229) 21 31 26 84, Fax: (229) 21 31 53 28, delegation-benin@eeas.europa.eu, Mons. Yves Gillet.**

Der afrikanische Geschäftspartner teilte ihm jedoch mit, dass ihm das nicht gelingt, man müsse grundsätzlich bei allen Büros und Behörden erst jemanden kennen und den Vermittler bezahlen, damit der einen einführt. Schumann wollte das nicht glauben, schliesslich ist die EU nicht die Behörde irgendeiner Bananenrepublik und da er fließend Französisch spricht und schreibt - so rief er persönlich dort an um eine Auskunft zu bekommen. Doch schon die Telefonzentrale sagte ihm sehr deutlich: „Herr Gillet wird niemals mit Ihnen sprechen, wenn er sie nicht vorher kennen gelernt hat.“ Schumann hielt das für eine Fehlleistung einer drittklassigen Sekretärin. Doch auch als er noch dreimal an Herrn Gillet schrieb bekam er keine Antwort. Allmählich keimte bei ihm der Verdacht, dass der afrikanische Geschäftspartner vielleicht doch recht hatte. Aber wieso diese Reaktion von einer EU Behörde? Sie hätten zumindest sagen oder schreiben können: „Dafür sind wir nicht zuständig wenden Sie sich bitte an.....“ Er beschwerte sich also wegen dieser Unverschämtheit bei der **Exekutivagentur für Verbraucher, Gesundheit, Landwirtschaft und Lebensmittel (Chafea), DROSBACH building, 12, rue Guillaume Kroll, L-1822 Luxembourg, Tel: +352 4301 32015, Fax: +352 4301 30359, per fax + E-Mail, mit Kopien: epbrussels@europarl.europa.eu, eahc@ec.europa.eu, epmuenchen@europarl.europa.eu.** Er schrieb mindestens dreimal - keine Antwort.

Nun, das vereinte Europa ist wichtig für uns. Es ist unser Land. Nur, wenn wir es weiter in der Hand verantwortungsloser Sesselfurz lassen, wenn wir bei völlig ineffektiven Organisationen in Luxemburg nicht ausmisten und wenn Typen wie **Mons. Yves Gillet** nicht gefeuert werden, dann wird Europa vor die Hunde gehen. Immerhin – für Afrikaner wird hier einiges getan: Man

entdeckte plötzlich, dass „Neger“ ein Schimpfwort sei, obwohl die Négritude eine philosophisch-literarische Bewegung schwarzer

Intellektueller aus Afrika und der Karibik ist, wie Leopold Senghor und Césaire. Aber in Deutschland ist das Wort nun verboten. Und auch alle Hotels, Gasthäuser und Cafés „zum Mohren“ sollen nun umbenannt werden – ebenso die Mohrenköpfe – vielleicht in Afrikanerköpfe. Ja, aber die Ägypter und Marokkaner sind garnicht schwarz, also keine Mohren, aber trotzdem Afrikaner. Und Césaire war garnicht Afrikaner. Er lebte in der Karibik. Aber das stört die europäischen Mächtigen-Heiligen nicht. Sie wollen sich nur gut fühlen. Deshalb kaufen sie aus Prinzip alles aus ihrer Region. Für diese grosse Güte können sich die afrikanischen Arbeitslosen allerdings nichts kaufen – noch nicht mal einen Platz im Schlauchboot.

Mit ultraliberalen Grüßen verbleibe ich, ihr

Peter Paris

Via Monte Grappa, 2 , I - 21010 Castelveccana (Varese/Italy) Tel. (+39)0332 520318;
Mobil.: 0039 335 6821302 (No SMS) E-mail: liberalissimo@euroschumann.eu

Falls Sie vergangene Ausgaben der Ultraliberalen Korrespondenz lesen möchten dann klicken auf den Link: <http://www.euroschumann.eu/Liberalissimo>